

Mehr Bildung für eine bessere Zukunft!

07.10.2003: Bildungspolitisches Grundsatzpapier der GRÜNEN JUGEND Beschluss der 21.

Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND am 05. Oktober 2003 in Leipzig

3. Bildung in der Schule

Junge Menschen verbringen einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit in der Schule. Umso wichtiger, dass Schulen endlich aufhören, langweilige graue Betonklötze mit verstaubtem Bildungsauftrag zu sein!

Eine Schule für alle - Heterogenität als Chance

Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule, Ganztagschule, Gesamtschule... Kein Land der Welt hat so viele verschiedene Schulformen und setzt so sehr auf Selektion der SchülerInnen wie Deutschland! Die GRÜNE JUGEND spricht sich stattdessen aus für ein durchschaubares Bildungssystem, in dem alle SchülerInnen von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam in eine Schule gehen. Wir brauchen flexible Schuleingangsphasen und Möglichkeiten eines Schulstarts für Kinder zwischen 5 und 7 Jahren.

Die soziale Selektivität des deutschen Schulsystems ist erschreckend groß. Gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlichen Entwicklungsstands und Alters und individuelle Förderung statt Auslese ist für uns das Bildungskonzept der Zukunft. Schule trägt eine Mitverantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen. Die Vorurteile sozial Starker und sozial Schwacher gegeneinander werden vor allem durch die frühe Soziale Selektion aufgrund der Dreigliedrigkeit verursacht. Die gegenseitige Akzeptanz in der Gesellschaft lässt sich nur durch eine längere gemeinsame Schulzeit schaffen. Es ist wichtig, schon im Kindes- und Jugendalter zu lernen, dass leistungsschwächere nicht schlechtere Menschen sind.

Geistig und körperlich behinderte Kinder sollen soweit wie möglich in die Lerngruppen integriert werden. Heterogenität muss endlich als Chance begriffen werden: Wir wollen ein gemeinsames Lernen von Schwächeren und Begabteren in heterogenen Lerngruppen. Die Größe der Gruppen muss dabei überschaubar bleiben, mehr als 20 SchülerInnen pro Lerngruppe darf es nicht geben.

In diesem Zusammenhang halten wir die Forderung nach einer Eliteschule für einen falschen, rückwärtsgewandten Ansatz. Ziel muss es sein, alle SchülerInnen entsprechend ihrer individuellen Potentiale zu fördern und nicht nur eine besonders begabte Elite.

Deutschland muss, gerade in der derzeitigen Krise, allen Menschen helfen, ihre Potentiale voll ausnutzen. Aussortieren schadet nicht nur dem oder der einzelnen, sondern auch der ganzen Gesellschaft.

Der bundesweit teilweise drastische Unterrichtsausfall an Schulen ist ein ernstzunehmendes Problem! Durch die finanzielle Autonomie der Schulen können diese besser auf einen Mangel an LehrerInnen reagieren. Wir wollen, dass die LehrerInnen vorwiegend als BeraterInnen der SchülerInnen fungieren und die Lerngruppen von mehreren LehrerInnen betreut werden. So kann auf alle SchülerInnen besser eingegangen und das Problem des Unterrichtsausfalls nahezu behoben werden.

Selbst_bewusst_lernen!

Die GRÜNE JUGEND steht für die gezielte individuelle Förderung eines/einer jeden Einzelnen und eine an seine/ihre Lernfortschritte gekoppelte Lerngeschwindigkeit statt früher Selektion und Leistungsdruck. Dazu gehört auch, dass es bis zur 10. Klasse keine Noten geben soll. Noten täuschen eine objektive Bewertung vor und werden als Selektionskriterium für den späteren Bildungsweg instrumentalisiert. Wir sprechen uns stattdessen für sogenannte Bildungstagebücher aus, die primär als Feedback für die SchülerInnen dienen sollen.

Sitzen bleiben gehört endlich abgeschafft! Durch das Sitzen bleiben werden die SchülerInnen aus ihrer gewohnten Lerngruppe gerissen. Sie stehen unter einem enormen psychischen Druck und es bringt ihnen in den allerseltensten Fällen tatsächlich einen Fortschritt. Stattdessen setzen wir auf eine bestmögliche Förderung aller SchülerInnen durch eine individuelle Lernplanung. Auch andere Methoden der "Bestrafung" von SchülerInnen wie Nachsitzen, in-die-Ecke-stellen oder stupide Strafarbeiten lehnt die GRÜNE JUGEND als überholt und destruktiv ab.

Starres Pauken im 45-Minuten-Takt ist überholt, stattdessen sollte es flexible Lerneinheiten anlehnend an die individuellen Stundenpläne in Skandinavien geben. Module des gemeinsamen Unterrichts sollte es aber nach wie vor geben und von der 1. bis zur 10. Stufe Pflicht sein, um den Zusammenhalt der Lerngruppe zu stärken. Trockener Frontalunterricht im Klassenverband aber gehört der Vergangenheit an.

In Schulen muss eine Sensibilisierung für das bestehende Rollenverständnis erfolgen. Durch reflexive Koedukation und zeitlich begrenzte Geschlechtertrennung soll auf unterschiedliches Lernverhalten eingegangen und divergierendes Lehrverhalten ausgeglichen werden. Wir setzen auf eine weitere Aufweichung der Geschlechterrollen auch in der Schule.

Kinder von Flüchtlingen haben leider in Deutschland schlechte Chancen. So lange ihre Eltern im Asylverfahren stehen, dürfen sie oft nicht zur Schule gehen. Wir fordern die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland und im Interesse der Kinder eine schnelle, unbürokratische Aufnahme in Kindertagesstätte bzw. Schule.

PISA hat gezeigt, dass Schulen mit einem verlängerten gemeinsamen Lernen in den Tests wesentlich besser abgeschnitten haben. Die GRÜNE JUGEND fordert eine zehnjährige gemeinsame Basisschule für alle SchülerInnen. Nach der 10. Stufe soll es einen Abschlussbericht geben.

Nach der Basisschule können die SchülerInnen die duale Berufsausbildung beginnen oder eine allgemein bildende Oberstufe besuchen. In dieser Oberstufe sollen die SchülerInnen ihre Schwerpunkte vertiefen, auf wissenschaftlichs Arbeiten vorbereiten werden und eine berufliche Orientierung erhalten. Dafür wollen wir eine engere Kooperation zwischen Schule, Betrieben und Hochschule.

Die Oberstufe endet mit beliebig oft wiederholbaren Abschlusstests, deren Zeitpunkt von jeder Schülerin oder jedem Schüler flexibel gewählt werden kann. Der kleinere Teil dieses Test besteht aus zentralen Fragen zu bundesweit vorgegebenen Bildungszielen. Der größere Teil wird anhand der individuellen Bildungslaufbahn zwischen LehrerInnen und SchülerInnen abgestimmt.

Das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung in seiner jetzigen Form wollen wir abschaffen. Die GRÜNE JUGEND macht sich dafür stark, dass nicht nur der Abschluss der Oberstufe, sondern grundsätzlich auch eine abgeschlossene Ausbildung zum Studium an einer Hochschule berechtigen.

Weg mit verstaubten Lerninhalten - im 21. Jahrhundert ankommen

Wir wehren uns gegen Lernmethoden aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts und einschläfernden, veralteten Lehrbüchern. Den von einigen BildungspolitikerInnen vorgeschlagenen und zum Teil bereits praktizierten Benimmunterricht halten wir für vollkommen falsch. Viel wichtiger ist es, die sozialen Kompetenzen der SchülerInnen zu stärken, doch das muss im Schulalltag selbstverständlich sein.

Um Lernen interessant und abwechslungsreich zu gestalten, spricht sich die GRÜNE JUGEND für eine komplette Überarbeitung der Lerninhalte und Unterrichtsfächer aus.

So wollen wir den konfessionsgebundenen Religionsunterricht abschaffen. Stattdessen soll objektiv und vorurteilsfrei an verschiedene Religionen und Lebensphilosophien herangeführt werden.

Themen wie Sexualität, Verhütung, Missbrauch, Gesundheit, Konflikte und Drogen haben einen größeren Stellenwert verdient und müssen erheblich früher und verpflichtend im Unterricht behandelt werden.

Der Lernbereich Politik, Gesellschaft und Umwelt muss überall gewährleistet sein und schon früh eingeführt werden. Die GRÜNE JUGEND fordert eine Einführung dieser Themen bereits in den ersten Schuljahren. Generell müssen alle Lernbereiche einen stärkeren Praxisbezug erhalten und eine größere Offenheit für neue Formen des Lernens wie beispielsweise durch die Neuen Medien entwickeln. Längst überfällig ist außerdem eine bundesweite Einführung der Lehrmittelfreiheit!

Die verstärkte Einbeziehung praktischer Elemente in den Schulbetrieb sieht die GRÜNE JUGEND als absolut notwendig an. So muss das Angebot von Berufspraktika, -erkundungen und -beratungen im Rahmen des Unterrichts ausgebaut werden.

Wir fordern Vielfältigkeit und Praxisnähe, um den SchülerInnen bessere Möglichkeiten zur beruflichen Orientierung und Vorbereitung auf den folgenden Bildungsweg zu bieten und einen fließenden Übergang zu erleichtern.

Nach dem heutigen Modell gibt es für SchülerInnen häufig nicht mehr als ein einmaliges zweiwöchiges Praktikum. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deshalb dafür ein, dass die Schulen dazu verpflichtet werden, ab der achten Klasse jedes Schuljahr eine mindestens zweiwöchige Praktikumszeit einzurichten. Dadurch kommen die SchülerInnen frühzeitig und intensiv mit der Arbeitswelt in Kontakt.

Für mehr Umweltbildung

Um das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft zu fördern, setzt sich die GRÜNEN JUGEND für einen höheren Stellenwert für Umweltbildung im Lehrplan der Grundschulen ein. So sollte nach belgischem Vorbild eine Wald- oder Umweltwoche für alle SchülerInnen verpflichtend sein.

Waldkindergärten werden trotz ihrer pädagogisch besonders wertvollen Leistungen vom Staat wie Stiefkinder behandelt. Weil sie im Gegensatz zu ihren meist kirchlichen Trägern ohne feste Gebäude auskommen, werden für Waldkindergärten keine staatlichen Fördergelder bewilligt. Die Förderrichtlinien müssen so angepasst werden, dass auch Waldkindergärten ohne feste Gebäude die gleichen Förderbeträge wie alle anderen Träger erhalten.

Vielfalt statt Einheitsbrei!

Die GRÜNE JUGEND lehnt die Einführung von Schuluniformen entschieden ab. Sie ist ein vollkommen ungeeignetes Mittel, um Diskriminierung aufgrund sozialer Unterschiede zu verhindern. Markenfetischismus, Schönheitswahn und Gruppenzwang lassen sich durch die Einführung von Schuluniformen nicht aushebeln. Wir finden, dass soziale Unterschiede nicht kaschiert werden sollen und können. Die Vermittlung eines toleranten und respektvollen Umgangs miteinander kann viel mehr bewirken.

Schuluniformen stehen der individuellen Entfaltung eines jeden Menschen entgegen.

LehrerInnen, die sich an Piercings, unkonventionellen Haarfarben und eigenwilliger Kleidung stören, sollten lieber als gutes Beispiel vorangehen und Akzeptanz und Toleranz leben und vermitteln.

Wir wollen dafür sorgen, dass in allen unseren Bildungseinrichtungen ein Klima herrscht, das junge Lesben und Schwule bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützt. Zu den Aufgaben der Schule gehört daher auch die Erziehung zur Akzeptanz von Lesben und Schwulen. Homosexualität soll nicht als außergewöhnliches Phänomen der Biologie vermittelt werden, sondern als wichtiger Teil der Persönlichkeit gleichwertiger Menschen. Sie muss fächerübergreifend Thema sein, dies bietet sich besonders in der Auswahl der Literatur für den Deutschunterricht an.

Für uns ist eine multikulturelle Gesellschaft erstrebenswert! Die Vorschläge der Unionsparteien wie beispielsweise "AusländerInnenquoten" hält die GRÜNE JUGEND für beschämend und den absolut falschen Weg. Um Kinder von ZuwandererInnen besser integrieren zu können, bedarf es anderer Ansätze wie beispielsweise speziellen Deutschunterricht spätestens bereits in den Kindertagesstätten einzuführen und die Förderung der muttersprachlichen Kompetenz.

Mehr Partizipation & Autonomie!

Die SchülerInnenvertretung (SV) hat in der Realität viel zu wenig Mitspracherechte. Wir halten es für wichtig, dass der SV mehr Mitbestimmung zukommt.

Die GRÜNE JUGEND fordert darüber hinaus ein zur Hälfte aus SchülerInnen und zur Hälfte aus LehrerInnen bestehendes Gremium, zuzüglich einer beratenden Stimme der

Elternvertreter, wobei die SchülerInnen von der SchülerInnenvollversammlung gewählt werden, die LehrerInnen vom Lehrerkollegium und die Eltern von der Elternversammlung.

Dieses Gremium bestimmt über Personalentscheidungen, unangekündigte Leistungsüberprüfungen von LehrerInnen und die Verteilung des finanziellen Budgets und wählt die Schulleitung. Es tagt regelmäßig und soll mit einem Vetorecht für SchülerInnen ausgestattet sein sowie die Schulleitung abwählen können.

Wir wollen die Autonomie der Schulen stärken! Anlehnend an das bewährte Konzept an Skandinaviens Schulen sollen jeder Schule finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, aus dem unter anderem Gehälter für LehrerInnen, Investitionen in Lehrmaterialien und Gebäudereparaturen bezahlt werden sollen. So kann der Wettbewerb zwischen den Schulen gestärkt werden. Innerhalb bundesweit geltender Rahmenbedingungen können die Schulen somit autonom über Personal und finanzielle Ausgaben entscheiden.

Mehr Autonomie für Schulen bedeutet auch, dass Schulen sich eigene Schwerpunkte setzen können, ihre Unterrichtsorganisation und ihre inhaltliche Ausrichtung selbst bestimmen können.

Die GRÜNE JUGEND sieht den Einfluss der Wirtschaft auf Schulen durch Sponsoring als problematisch an. Schule muss unabhängig von den Interessen der Wirtschaft agieren. Deshalb fordern wir anstatt direkter Spenden die Einrichtung eines überschulischen regionalen Fördertopfs für spendierfreudige Unternehmen, in den Sach- und Geldspenden eingezahlt werden können. Aus diesem Topf werden dann strukturschwache und bedürftige Schulen in der Region gefördert.

Weg mit grauen Betonklötzen!

Die GRÜNE JUGEND sieht Schule als Ort des Lebens und Lernens. Eine Schule, in der sich SchülerInnen und LehrerInnen gleichermaßen wohlfühlen, und das fängt bei den Räumlichkeiten an: Wir wollen Schulen in lebendiger Architektur mit Solarzellen auf dem Dach, viel Grün und einem Pausenhof, der sowohl zum Ausruhen als auch zum Herumtoben einlädt. Große, helle Zimmer und bequeme, orthopädisch bewährte Stühle und Bänke dürfen in keiner Schule fehlen. Insbesondere im Bereich der Neuen Medien muss die technische Ausstattung der Schulen dringend weiter ausgebaut werden. Alle SchülerInnen haben das Recht auf einen Internetzugang in der Schule.

Die GRÜNE JUGEND fordert einen Beginn der Schule um 9 Uhr. Studien haben gezeigt, dass Aufnahmefähigkeit und Konzentrationsvermögen am frühen Morgen sehr gering sind. Die Schule sollte aber bereits ab 7 Uhr geöffnet und Betreuungsmöglichkeiten für die SchülerInnen vorhanden sein.

Anwesenheitspflicht besteht von 9 bis 16 Uhr von Montag bis Freitag mit der Möglichkeit eines kostenfreien Mittagessens für alle SchülerInnen. Wir wollen ein abwechslungsreiches, vitaminhaltiges Mittagessen aus kontrolliert biologischem Anbau, auch mit Angeboten für VegetarierInnen und VeganerInnen!

Abends und am Wochenende gibt es keine Anwesenheitspflicht, die Schule soll aber für SchülerInnen und LehrerInnen geöffnet bleiben. Es muss ausreichende Angebote (z.B. zusätzlich Sport, Musik, Kunst und Kultur) für die SchülerInnen geben. Die Einführung einer

Ganztagsschule befürwortet die GRÜNE JUGEND nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden Reform unseres Bildungssystems.

Die Schulwege müssen sicherer werden! Wir fordern, die Haltestellen des ÖPNV in unmittelbarer Nähe der Schule anzubringen und zum Beginn und Ende der Schulzeit Sonderbusse einzusetzen, damit die SchülerInnen bequem und schnell befördert werden. Die Monatstickets für den ÖPNV sollen für alle SchülerInnen kostenlos sein und das Geltungsgebiet soll ausgeweitet werden.

Alle Straßen insbesondere in der Nähe von Schulen sind mit Radwegen zu versehen und die AutofahrerInnen durch Schilder und Hinweise zu vorsichtiger Fahrweise aufzufordern.

Neue LehrerInnen braucht das Land!

Die Ausbildung der LehrerInnen muss reformiert werden mit einem größeren Gewicht auf die Berufspraxis. Eine gleiche Dauer der Ausbildung für alle Lehramtsstudierenden, egal für welche Schulform halten wir für ebenso wichtig wie die obligatorische Freistellung von der Betreuungs- und Lehrtätigkeit für die verbindliche Wahrnehmung von Fortbildungen.

Wir wollen QuereinsteigerInnen, die pädagogische Fähigkeiten und fachliche Qualifikationen aufzeigen, den Einstieg in den LehrerInnenberuf erleichtern. Darunter darf aber natürlich die pädagogische Qualität nicht leiden, denn LehrerInnen sind in erster Linie PädagogInnen und keine FachidiotInnen.

Der Beamtenstatus für LehrerInnen gehört abgeschafft, denn LehrerInnen müssen leichter kündbar sein.

Die GRÜNE JUGEND fordert eine Reform der LehrerInnenbildung, die sich an den Schülerinnen und Schülern orientiert. Die Bildungswissenschaften müssen ins Zentrum der Ausbildung aller Lehrkräfte gerückt werden. Der Umfang und Anteil der Pädagogik, Psychologie, Soziologie und der Fachdidaktik am Lehramtsstudium ist auszubauen.

Die Fachwissenschaften treten gerade vor den Erkenntnissen aus der PISA-Studie nach Meinung der GRÜNEN JUGEND zu Recht in den Hintergrund der Diskussion um die Reform der LehrerInnenausbildung. In unseren Schulen werden Kinder und Jugendliche unterrichtet und nicht Fächer. Die Bedürfnisse der SchülerInnen müssen in den Mittelpunkt rücken.

Schule muss eine treibende Kraft in der Entwicklung zu einer modernen und geschlechtergerechten Gesellschaft werden. Von staatlichen Einrichtungen dürfen nicht länger einschränkende Rollenbilder für Frauen und Männer propagiert werden. Dies setzt voraus, dass LehrerInnen in ihrer Ausbildung auf die Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft und auf geschlechtsspezifische Unterschiede hin sensibilisiert werden und lernen, diese angemessen zu berücksichtigen. Genderfragen müssen fester Bestandteil der LehrerInnenausbildung sein. Gleiches gilt auch für ErzieherInnen und Kindertagesstätten.